neuen Aktionsformen: Sie sind legalistisch, symbolisch und die Menschenkette war auch ein Fotoshooting für jene, die den kapitalistischen Normalvollzug gerne mitgestalten würden (SPD und Grüne). Dass ein „Öko-Kapitalist“ aus der Sparte der erneuerbaren Energien ein Bus sponserte, mag bis jetzt ein Extremfall gewesen sein, zeigt aber deutlich, wohin die Reise geht.

Der Aufruf zu „Castor? Schottern!“ grenzt sich auf den ersten Blick angenehm hiervon ab: „Vielmehr entspricht es häufig gemachter Erfahrung, dass Appelle an die da oben wenig ausrichten - sind die doch treibende Räder in einem System, in dem Wachstum und Profit das gesellschaftliche Geschehen bestimmen. Die Interessen der Menschen treten in den Hintergrund.“ Auch wenn die gesellschaftlichen Strukturen nicht beim Namen genannt werden und eine gründliche Analyse unterbleibt (was dem Format des Textes und dem Ziel, für breite Kreise anschlussfähig zu bleiben geschuldet sein mag, reformistischen Auslegungen aber Tür und Tor öffnet), ist das dennoch inhaltlich radikaler als alles, was bisher bei den rein symbolischen Massenaktionen an Message rüberkam.
Die Frage ist, was daraus in der Praxis werden wird. Bleibt die Aktion überschaubar und bedeutungslos, weil die Aktionsform nicht zu den ökonomischen Verhältnissen passt, wird sie trotz ihres radikalen Gestus dennoch konstruktiv in die modernisierten Herrschaftsverhältnisse integriert (die große Anzahl an Linkspartei und Gewerkschaftsfunktionären die den Aufruf unterstützen macht dies durchaus denkbar), oder gelingt es ihr den Anti-AKW-Protest in Theorie und Praxis zuzuspitzen?
Diesbezüglich scheint sich inzwischen selbst die Gewerkschaft der Polizei ernsthaft Sorgen zu machen, mensch beachte diese Pressemitteilung. Sicherlich sind die Ergüsse der GDP in der Regel nicht der Weisheit letzter Schluss. Dennoch ist es schon bemerkenswert, wenn selbst die Polizei der Auffassung ist, die „Neue Atompolitik wird die Polizei unweigerlich an Belastungsgrenze bringen“, und ganz offensichtlich von enormen kommenden außerparlamentarischen Auseinandersetzungen ausgeht.

Bei der Frage, wie denn aber eine (durchaus auch zugespitzte) außerparlamentarische Auseinandersetzung um die Atompolitik im Konkreten aussehen wird, zeigen sich auch die Gefahren dieser Aktionsformen. Denn die Praxis in Deutschland hat gezeigt, dass Massenproteste aller Art, auch wenn sie nach innen meist basisdemokratisch organisiert sind (wobei auch hier die Grenzen zwischen räteähnlichen Strukturen mit imperativem Mandat und repräsentativen Strukturen, die über die Köpfe vieler AkteurInnen hinweg entscheiden, fließend sind), dass diese Aktionen nach außen hin meist instrumentalisiert werden. Instrumentalisert in dem Sinne, dass aus den Bewegungseliten stammende OrganisatorInnen meist allein für die Pressearbeit verantwortlich sind (Transparenz gibt es in diesem Bereich in der Regel nicht), und sich anmaßen, für alle AktionsteilnehmerInnen zu sprechen - ohne die je nach ihrer Meinung gefragt zu haben. Durch das Vorgehen dieser selbst ernannten „SprecherInnen“ dient dann unterm Strich das Engagement von Vielen oft dazu, Einfluss und Macht, den einige Wenige und ihre Organisationen im Diskurs entfalten, zu erhöhen. Solche Strukturen waren z.B. bei den Aktionen von x-tausend mal quer zu beobachten, beim G8-Gipfel in Heiligendamm, beim Klimacamp 2008 in Hamburg und beim Klimagipfel in Kopenhagen.
Bei einem Teil (!!) der Aufrufenden zum Schottern scheint es durchaus plausibel, dass sich solche Abläufe wiederholen. Neben einigen VertreterInnen der Linkspartei (die ja vielerorts die außerparlamentarischen Kämpfe nutzt, um sich zu profilieren und so eines Tages den kapitalistischen Normalbetrieb mitgestalten zu dürfen) springen mehrere Gruppen und Personen ins Auge, die sich im Zusammenhang mit G8/Klimacamp/Kopenhagen, vorsichtig gesagt, nicht gerade mit Ruhm bekleckert haben. Stellvertretend für mehrere problematische Personalien sei hier nur Monty Schädel (Bundessprecher der Deutschen Friedens-gesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen) genannt, der beim G8 2007, als die Protestierenden nach den Auseinandersetzungen vom 2. Juni von der bürgerlichen Presse in die Schmuddelecke gestellt wurden, versuchte die Ehre von sich und seiner Gruppe zu retten, indem er die militanten

DFG-VK: Der Vorstand verpfeift Anti-MilitaristInnen bei der Polizei (http://de.indymedia.org/2010/05/280955.shtml), und der Bundesgeschäftsführer, Monty Schädel setzt Rechts- und Linksmilitante gleich.

Auseinandersetzungen zwischen Linksradikalen und Polizei mit den Brandanschlägen von Faschisten auf Ausländerwohnheime in Rostock-Lichtenhagen gleichsetzte. „Wir wollten, dass von Rostock diesmal andere Bilder ausgehen als jene Bilder, die die Pogrome von 1992 hervorbrachten. Dieses Ziel haben wir verfehlt. Das haben wir nicht geschafft. Das wurde uns von einigen kaputt gemacht“ Zwar hat er sich später von der konkreten Aussage distanziert, aber nicht von dem Gedankengut dahinter (zur Gleichsetzung Rechts-Links und zu Spaltungen zwischen „guten“ und „bösen“ AktivistInnen hat er kein kritisches Wort verloren). Was er und andere über den Anti-AKW-Widerstand sagen werden, falls dieser im November auch stigmatisiert wird, bleibt abzuwarten. Und ob das tatsächlich schlimmer sein wird, als das was von solchen Leuten zu hören sein wird, wenn nichts derartiges passiert.
In jedem Fall würden derartige Kommunikationsstrukturen einem Widerstand mit tatsächlich mündigen AkteurInnen sehr schaden. Und so blicke ich (trotz aller Sympathie) insgesamt doch eher mit gemischten Gefühlen auf das Konzept „Castor? Schottern!“.

1. ? Gemeint sind vor allem die ersten 2 Seiten, den größten Teil des Beitrags des IG-Metall-Funktionärs halte ich für totalen Quark.